



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses  
für Bildung  
Frau Giordina Kazungu-Haß, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**18/759**  
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-41 10  
ministerinbuero@bm.rlp.de  
www.bm.rlp.de

15. Nov. 2021

Mein Aktenzeichen  
PuK

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Ralf Gutmann  
ralf.gutmann@bm.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 164028  
06131 16174028

#### 4. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 28. Oktober 2021

hier: TOP 5: Bedeutung der Demokratieförderung und politischen Bildung an Schulen in Rheinland-Pfalz - auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der neuen ‚Mitte‘-Studie der FES

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, *liebe Giordina,*

gemäß der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 28. Oktober übersende ich Ihnen anbei meinen Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Bettina Brück

Rede von Staatssekretärin Bettina Brück  
anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 28. Oktober 2021

Vorlage 18/298: Antrag der SPD-Fraktion nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Betreff: Bedeutung der Demokratieförderung und politischen Bildung an Schulen in  
Rhein-land-Pfalz - auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der neuen ‚Mitte‘-Stu-  
die der FES

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Demokratie und ein freies, friedliches Europa ohne Grenzen sind keine Selbstverständlichkeit. Jede Generation muss gemeinsame Werte wie Freiheit, Respekt und Toleranz neu erlernen, leben und verteidigen.

Die Demokratiebildung an Schulen ist daher ein wesentlicher Bestandteil, um Kinder und Jugendlichen die Bedeutung unserer Demokratie zu vermitteln und ein Bewusstsein für zunehmende Diffamierungen, Beschädigungen und Angriffe auf die demokratischen Werte und Grundfeste unserer Gesellschaft zu vermitteln und wie diesen entgegengewirkt werden kann.

Die Ergebnisse der neuen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung machen u.a. deutlich, dass menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen genauso wie Verschwörungsmymen zunehmen. Dies zeigt, wie unverzichtbar die Förderung des demokratischen Bewusstseins ist und wie unverzichtbar informierte und wache Demokratinnen und Demokraten sind. Dazu braucht es nach Einschätzung der Autorinnen und Autoren der Studie eine umfangreiche politische Bildung gerade in der Schule.

Bereits im Januar 2019 hat Ministerin Dr. Hubig im Rahmen ihrer Regierungserklärung unser Gesamtkonzept für die Demokratiebildung vorgestellt. Es ruht bekanntermaßen auf drei Säulen: Erstens geht es darum, das historisch-kritische Bewusstsein für die Verbrechen der Nazidiktatur und für unsere Geschichte zu fördern. Zweitens steht das Lernen und Leben von Demokratie in unserer Gegenwart im Mittelpunkt und drittens betonen wir unser europäisches Miteinander.

In Anbetracht der Studienergebnisse zum weiter wachsenden Antisemitismus erweist sich unsere Entscheidung als richtig, die Gedenkarbeit an unseren Schulen auszubauen: Hierzu trägt insbesondere die im April 2020 in Kraft gesetzte „Richtlinie zur Förderung von schulischen Vorhaben zur Auseinandersetzung mit der Geschichte politischer Gewaltherrschaft, besonders des Nationalsozialismus“ bei. Gleichzeitig

haben wir die Unterstützung für die Schulen deutlich ausgebaut, sowohl finanziell als auch durch zusätzliche Lehrerfortbildungen zu den Themen Gedenk- und Geschichtskultur sowie Antisemitismus und SED-Diktatur. Hohe Akzeptanz findet bei unseren Schulen die 2019 am Pädagogischen Landesinstitut eingerichtete „Koordinierungsstelle für schulische Gedenkarbeit und Zeitzeugenbegegnungen“. Schulen werden zu entsprechenden Projekten und möglichen Kooperationspartnern beraten, können Förderanträge einreichen und erhalten ein umfassendes Informationsangebot, auch mit Hilfe der weiter ausgebauten Website.

Die Autorinnen und Autoren der Studie bekräftigen zugleich, wie notwendig demokratische und partizipative Erfahrungsmöglichkeiten an allen Schulen sind: Diesen Maßgaben entsprechen wir, indem wir das Netzwerk der Modellschulen für Partizipation und Demokratie stärken und u.a. zielgerichtet durch die „Koordinierungsstelle für schulische Demokratiebildung“ am Pädagogischen Landesinstitut unterstützen. Und mit der Schulgesetznovelle haben wir die Mitgestaltungsmöglichkeiten unserer Schülerinnen und Schüler zusätzlich befördert, indem beispielsweise die SV-Arbeit auch an allen Grundschulen verankert und der Mitbestimmungskatalog ausgeweitet worden ist. Handreichungen für die konkrete und altersgemäße Umsetzung wurden unseren Grundschulen bereits zur Verfügung gestellt und weitere werden durch das Pädagogische Landesinstitut derzeit vorbereitet.

„Politische Bildung wird gebraucht.“ – so lautet eine weitere zentrale Forderung der Studie. Genauso ist es. Deshalb lassen wir den Sozialkundeunterricht in der Sekundarstufe I ein Jahr früher einsetzen und erweitern ihn in der letzten Klassenstufe um eine weitere Stunde. Entsprechende Regelungen gelten auch für das Fach Gesellschaftslehre und werden nun sukzessive von den Schulen umgesetzt. Auch wird der schuleigene Demokratietag ab diesem Schuljahr verbindlich für alle weiterführenden Schulen.

Um die Professionalität unserer Lehrkräfte zu stärken im Umgang mit den Anforderungen einer heterogener gewordenen Schülerschaft und variabler Konzepte der Politikvermittlung haben wir die Fortbildungsangebote am Pädagogischen Landesinstitut ausgeweitet. Ansätze und Partner der Extremismusprävention spielen dabei eine wichtige Rolle. Passende Angebote stellen zugleich die kirchlichen Fortbildungsinstitute, die Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim, die Landeszentrale für politische Bildung und weitere Partner zur Verfügung.

Ein freies, ein friedliches Europa ist keine Selbstverständlichkeit und lohnt jede Mühe, diese Idee auch in schulischen Kontexten zu verankern und zu leben. Die Europäische Union steht für die Einheit in Vielfalt, ringt um Kompromisse, setzt auf Toleranz und baut auf die Einhaltung der Menschenrechte. Dies zu erkennen und im

Nachbarn den europäischen Partner zu sehen, ermöglicht insbesondere der schulische und individuelle Austausch mit Gleichaltrigen. Auch wenn die Pandemiebedingungen hier manches blockiert haben, setzen wir weiterhin und verstärkt auf diesen Austausch, informieren die Schulen über Fördermöglichkeiten und bieten zahlreiche Fortbildungen für Lehrkräfte an. Unsere Schulen nutzen diese Angebote und machen sich auf den Weg, in Netzwerken mitzuarbeiten: So ist das Netzwerk der Europaschulen um weitere zehn auf insgesamt nun 87 Schulen im vergangenen Schuljahr angewachsen, betreut von der 2020 eingerichteten Koordinierungsstelle im Europa- haus Marienberg.

Meine Ausführungen machen deutlich, dass wir nicht nachlassen darin, die historisch-politische, die Demokratie- und Europabildung konsequent zu stärken, denn – und damit greife ich eine nach wie vor gültige Formulierung der Regierungserklärung aus dem Jahr 2019 auf: „Gelebte und gelingende Demokratie bedeutet die Wahl zu haben, bedeutet Menschenrechte, Freiheit, Respekt und Toleranz. Damit diese Werte Bestand haben, braucht es vor allem eines: Bildung.